

Pflege in Berlin Wirkung der Reformen und Trends

Vorstellung des BARMER-Pflegereports 2021

Dienstag | 5. April 2022 | 10 Uhr | per Webex

Teilnehmer:

Gabriela Leyh

Landesgeschäftsführerin der BARMER Berlin/Brandenburg

Moderation:

Markus Heckmann

Pressesprecher der BARMER Berlin/Brandenburg

Landesvertretung

Berlin

Brandenburg

Axel-Springer-Straße 44
10969 Berlin

www.barmer.de/p006131
www.twitter.com/BARMER_BB

Markus Heckmann
Tel.: 0800 333 004 151 140
markus.heckmann@barmer.de

Pressemitteilung

Mehr Pflegebedürftige in Berlin als bisher erwartet

Berlin, 5. April Februar 2022 – In den kommenden Jahren wird es in Berlin deutlich mehr pflegebedürftige Menschen geben, als bisher angekommen. Das geht aus dem aktuellen Pflegereport der BARMER hervor. Demnach wird die Zahl der Pflegebedürftigen von heute 164.000 auf rund 240.000 im Jahr 2030 wachsen. Das sind 43.000 mehr als bisher angenommen. Als Grund für den stärkeren Anstieg nennt die BARMER die letzten Reformen der Pflegeversicherung, die den Kreis der Leistungsberechtigten erweitert haben. „Mit dem Anstieg der Anzahl Pflegebedürftiger wird der Bedarf an Pflegekräften noch größer. Schon heute sind hunderte Pflegestellen in Berlin unbesetzt. Die Landesregierung muss die bereits ergriffenen Maßnahmen zu Fachkräftegewinnung energisch fortsetzen“, sagt Gabriela Leyh Landesgeschäftsführerin der BARMER Berlin/Brandenburg.

Pflegeberufe attraktiver machen, um Notstand vorzubeugen

Den Bedarf an Pflegekräften prognostiziert die BARMER bis zum Jahr 2030 auf rund 42.000, rund 10.000 mehr als heute. „Die Abschaffung des Schulgeldes war ein wichtiger Schritt, die Pflegeausbildung attraktiver zu machen. Mit verbesserten Arbeitsbedingungen muss es nun gelingen, Pflegekräfte länger im Beruf zu halten, zum Beispiel mit Arbeitszeitmodellen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern“, sagt Leyh.

Land muss Pflegebedürftige vor finanzieller Überforderung schützen

Neben Fachkräftesicherung bräuchte es außerdem eine Lösung, um Pflegebedürftige und ihre Familien vor finanziellen Überforderungen zu schützen. „Schon heute müssen Versicherte für einen Platz im Pflegeheim im Durchschnitt über 2.128 Euro im Monat aus eigener Tasche zahlen. Das Land Berlin könnte diesen Betrag senken, in dem es seiner gesetzlichen Pflicht nachkommt, die Investitionskosten zu übernehmen, die bisher die Pflegebedürftigen tragen müssen“, so Leyh

Landesvertretung
Berlin
Brandenburg

Axel-Springer-Straße 44-50
10969 Berlin

www.barmer.de/p006131
www.twitter.com/BARMER_BB

Markus Heckmann
Tel.: 0800 333004 151-140
markus.heckmann@barmer.de

Statement

von Gabriela Leyh
Landesgeschäftsführerin der BARMER Berlin/Brandenburg

anlässlich der Pressekonferenz

Pflege in Berlin
Wirkung der Reformen und Zukunftstrends
Vorstellung des BARMER-Pflegereports 2021

Berlin, 5. April 2022

Landesvertretung

Berlin

Brandenburg

Axel-Springer-Straße 44
10969 Berlin

www.barmer.de/p006131
www.twitter.com/BARMER_BB

Markus Heckmann
Tel.: 0800 333 004 151 140
markus.heckmann@barmer.de

Für eine vorausschauende Pflegepolitik sind Modellrechnungen zur zukünftigen Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen und der damit zusammenhängenden Bedarfe an Pflegekräften elementar. Diese Modellrechnungen beruhen auf Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung und zur Pflegeprävalenz. Dabei wurde in der Regel angenommen, dass diese Entwicklungen stabil seien und es ausreiche, die festgestellten Pflegeprävalenzen entlang der demografischen Entwicklung einfach fortzuschreiben. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, welche Effekte die Pflegereformen der letzten Jahre hatten. So haben zum Beispiel die Reform der Pflegebegutachtung und die Einführung von fünf Pflegegraden statt bisher drei Pflegestufen im Jahr 2016 den Kreis der Leistungsberechtigten erheblich ausgeweitet. Folglich ist die Zahl der Pflegebedürftigen gestiegen. Dieser Anstieg wird nicht nur im Jahr des Inkrafttretens der neuen Pflegegrade sichtbar, sondern auch noch in den fünf darauffolgenden Jahren. Um zu validen Zahlen zu gelangen, hat die BARMER in ihrem Pflegereport 2021 Vorausberechnungen angestellt, die die Effekte der Pflegereformen der vergangenen Jahre erstmals berücksichtigen. Das Ergebnis: Die Zahl der Pflegebedürftigen wird stärker steigen als bisher angenommen. Für Berlin ergibt sich daraus ein erheblicher Handlungsbedarf.

In Berlin rund 43.000 Pflegebedürftige mehr als bisher angenommen

Unter Berücksichtigung der Effekte der Pflegereformen (5-Jahres Anpassung) wird es in Berlin bis zum Jahr 2030 rund 240.000 Pflegebedürftige geben. Das sind 43.000 Pflegebedürftige mehr, als die bisherigen Vorausberechnungen, die die Pflegeprävalenz des Jahres 2019 fortschreiben (Fortschreibung 2019), ergeben haben. Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der Pflegebedürftigen auf 266.000 steigen, 47.000 mehr als bisher angenommen. Um sich ein möglichst genaues Bild von den Pflegebedarfen machen zu können, stellt sich die Frage, welchen Pflegegrad sie haben werden. Von den 240.000 Pflegebedürftigen im Jahr 2030 werden unserer Berechnung nach 35.000 (rund 15 Prozent) den Pflegegrad 1 haben. Sie gelten als gering beeinträchtigt in ihrer Selbstständigkeit und können zum Beispiel einen Zuschuss für den altersgerechten Umbau ihrer Wohnung beantragen oder Betreuungs- und Entlastungsleistungen von bis zu 125 Euro beziehen, mit denen zum Beispiel pflegende Angehörige unterstützt werden können.

Über die Hälfte der Pflegebedürftigen wird von Angehörigen versorgt werden

Über die Hälfte (rund 58 Prozent) der Berliner Pflegebedürftigen des Jahres 2030, das sind rund 120.000, werden ausschließlich von ihren Angehörigen gepflegt werden. Sie empfangen Pflegegeld. Wichtig ist, im Auge zu behalten, dass es sich bei den pflegenden Angehörigen meist um Frauen im Seniorenalter handelt, die ihre Eltern oder ihre Ehepartner pflegen. Über die gesundheitlichen Belastungen, die pflegende Angehörige ausgesetzt sind, haben wir in unserem [Pflegerreport 2019](#) berichtet. Wichtig ist mir an dieser Stelle nochmals für die Unterstützungsangebote zu werben, die es für pflegende Angehörige gibt. Mit der Verhinderungs- oder Kurzzeitpflege können sich Angehörige zum Beispiel durch professionelle Pflegekräfte oder Menschen aus dem persönlichen Umfeld vertreten lassen, wenn sie eine Auszeit benötigen. Gerade die pflegenden Angehörigen, die schon gesundheitlich angeschlagen sind, nehmen solche Angebote zu wenig wahr.

Berlin wird mehr Pflegekräfte benötigen, als bisher geschätzt

48.000 der 240.000 Pflegebedürftigen des Jahres 2030 werden von ambulanten Pflegediensten versorgt werden. Rund 39.000 werden dauerhaft im Pflegeheim leben. Für die Versorgung dieser beiden Gruppen wird das Land in den kommenden acht Jahren rund 10.000 Pflegekräfte mehr benötigen als heute, nämlich 42.000. Das sind rund 1.000 mehr als nach bisherigen Prognosen. Unter Berücksichtigung der Versorgungsbedarfe benötigen wir bis zum Jahr 2030 in Berlin rund 19.000 Pflegefachkräfte, 8.000 Pflegefachkräfte mit Ausbildung und 15.000 Pflegehilfskräfte ohne Ausbildung. Hier ergeben sich also auch Beschäftigungschancen von Schulabsolventen, die vielleicht nicht mit den besten Noten glänzen, aber ihr Herz am richtigen Fleck haben und gerne einer sinnvollen Arbeit mit Menschen nachgehen möchten.

Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen nachhaltig verbessert werden

Nach letzten Schätzungen der BARMER sind in Berlin rund 1.200 Stellen in der Pflege allein wegen des hohen Krankenstandes und des hohen Frühverrentungsgrades dauerhaft unbesetzt. Angesichts dieser Tatsache stehen Berlin und die Arbeitgeber bei der Gewinnung von Pflegekräften vor großen Herausforderungen. Mit der Abschaffung des Schulgeldes und der Einführung der generalisierten Pflegeausbildung wurden wichtige Schritte getan, um die Pflegeausbildung attraktiver zu machen. Neben dem Ziel,

mehr Pflegekräfte zu gewinnen, gibt es noch ein zweites Ziel, nämlich die Pflegekräfte möglichst lange im Beruf zu halten. Die Belastungen in den Pflegeberufen sind hoch (in unserem [Gesundheitsreport 2020](#) haben wir auf die gesundheitlichen Risiken in Pflegeberufen hingewiesen) und die Verweildauer kurz. Zu den seelischen und körperlichen Belastungen kommen mangelnde Anerkennung und ungünstige Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel Schichtdienst und Rufbereitschaft, Zeitdruck und personelle Unterbesetzung hinzu. Während der Corona-Pandemie dürften die Belastungen weiter zugenommen haben. Hier sind die Arbeitgeber in der dringenden Pflicht, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Einrichtungsträger müssen stärker als bisher in ihr betriebliches Gesundheitsmanagement investieren. Die gesetzlichen Krankenkassen stehen als Partner für gesundheitliche Prävention am Arbeitsplatz zur Verfügung. Moderne Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, könnten Pflegeberufe zudem attraktiver machen.

Ausgaben steigen bis 2030 um mehr als ein Drittel auf 59 Milliarden Euro

Mit der Zahl der Pflegebedürftigen steigt auch die Höhe der Ausgaben. Ausgehend von den maximalen Leistungssätzen der Pflegeversicherung und den heutigen Preisen werden die Ausgaben bundesweit von insgesamt 43 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf 59 Milliarden Euro im Jahr 2030 steigen. Das ist ein Anstieg von mehr als einem Drittel. Der größte Ausgabenposten wird die vollstationäre Dauerpflege bleiben mit rund 20,4 Milliarden Euro im Jahr 2030. Für Pflegegeld prognostiziert unser Pflegereport Ausgaben in Höhe von 18 Milliarden Euro und für Pflegesachleistungen 6,7 Milliarden Euro. Die Ausgaben für sonstige Leistungen, zu denen zum Beispiel wohnumfeldverbessernde Maßnahmen gehören, steigen auf 7,7 Milliarden Euro.

Stationäre Pflege so teuer wie nie

Steigende Kosten werden vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Pflegeeinrichtungen zu spüren bekommen. Schon heute müssen sie für einen Heimplatz in Berlin im Durchschnitt 2.128 Euro im Monat aus eigener Tasche bezahlen. Die Zuzahlungen steigen schon seit Jahren. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten für Unterkunft und Verpflegung, dem sogenannten einrichtungseinheitlichen Eigenanteil (EEE) und den Investitionskosten. Alleine der EEE liegt bei 1.090 Euro. Zwar übernehmen die Pflegekassen seit diesem Jahr einen prozentualen Anteil von fünf Prozent im ersten Jahr bis zu 70 Prozent im vierten Jahr. Diese Entlastung

könnte aber durch steigende Löhne und bessere Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen bald verpuffen. Die Investitionskosten, die immerhin 400 Euro ausmachen, wird den Pflegebedürftigen mit in Rechnung gestellt. Das Land Berlin könnte die Pflegebedürftigen hier entlasten, indem es sich stärker als bisher an den Investitionskosten beteiligt. Generell benötigen wir eine langfristige Lösung, die Pflegebedürftige vor finanzieller Überforderung schützt. Die Absicherung des Pflegerisikos ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der ab kommendem Jahr von der Bundesregierung vorgesehene Steuerzuschuss von einer Milliarde Euro jährlich soll im Gleichschritt mit den jährlichen Ausgaben der Pflegeversicherung ansteigen.

Pflege in Berlin

Wirkung der Reformen und Trends

Ergebnisse des BARMER-Pflegereports für Berlin

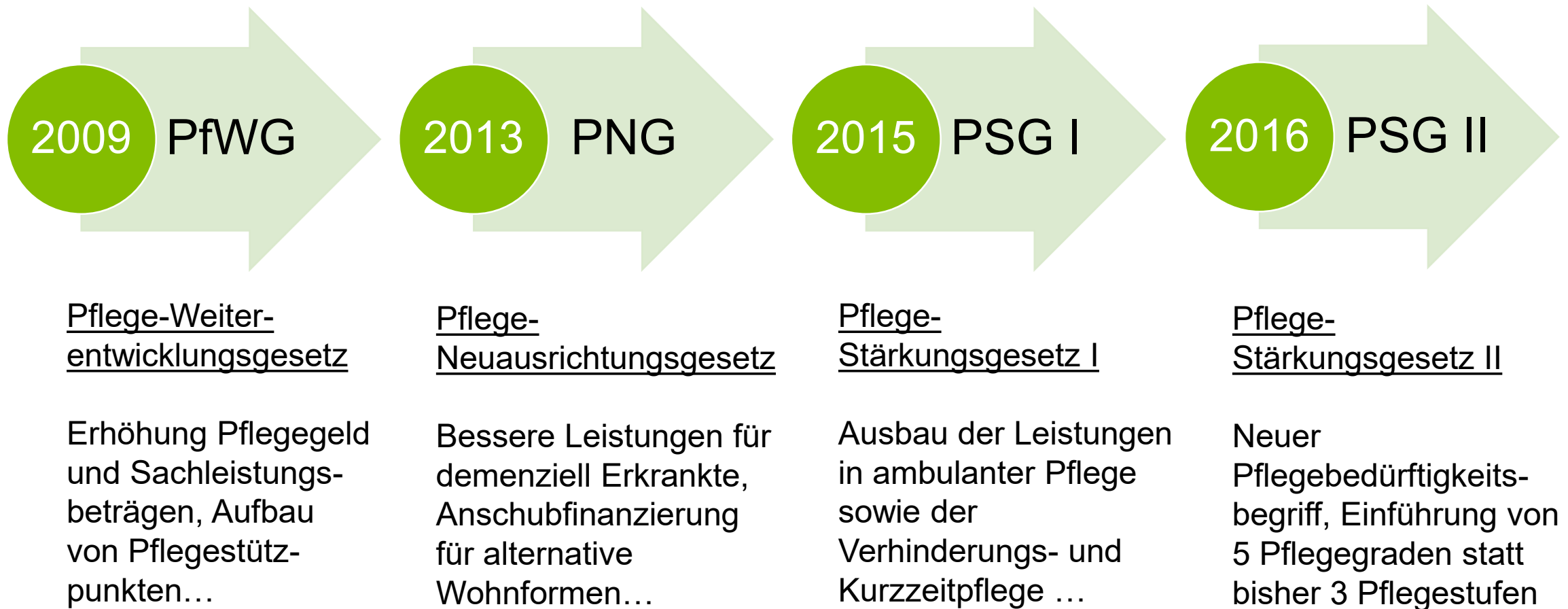
Agenda

- 01 Pflegereformen im Rückblick**
- 02 Modellierung der Pflegebedürftigen**
- 03 Modellierung der Pflegekräfte**
- 04 Finanzielle Entwicklung**
- 05 Fazit und Forderungen**



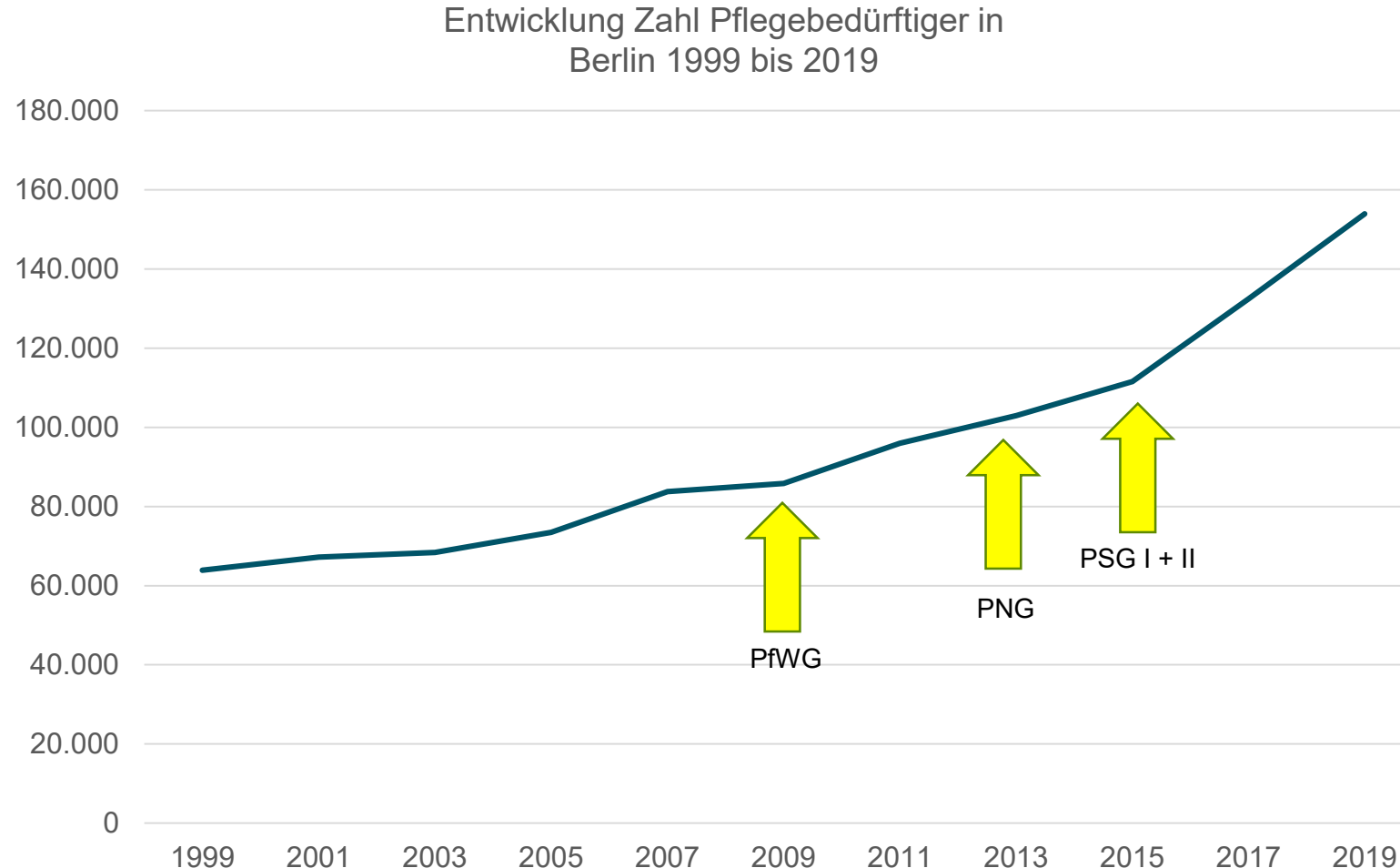
Pflegereformen im Überblick

Kontinuierlicher Leistungsausbau durch den Gesetzgeber



Auswirkung der Pflegereformen

Mit den Pflegereformen steigt die Anzahl der Anspruchsberechtigten



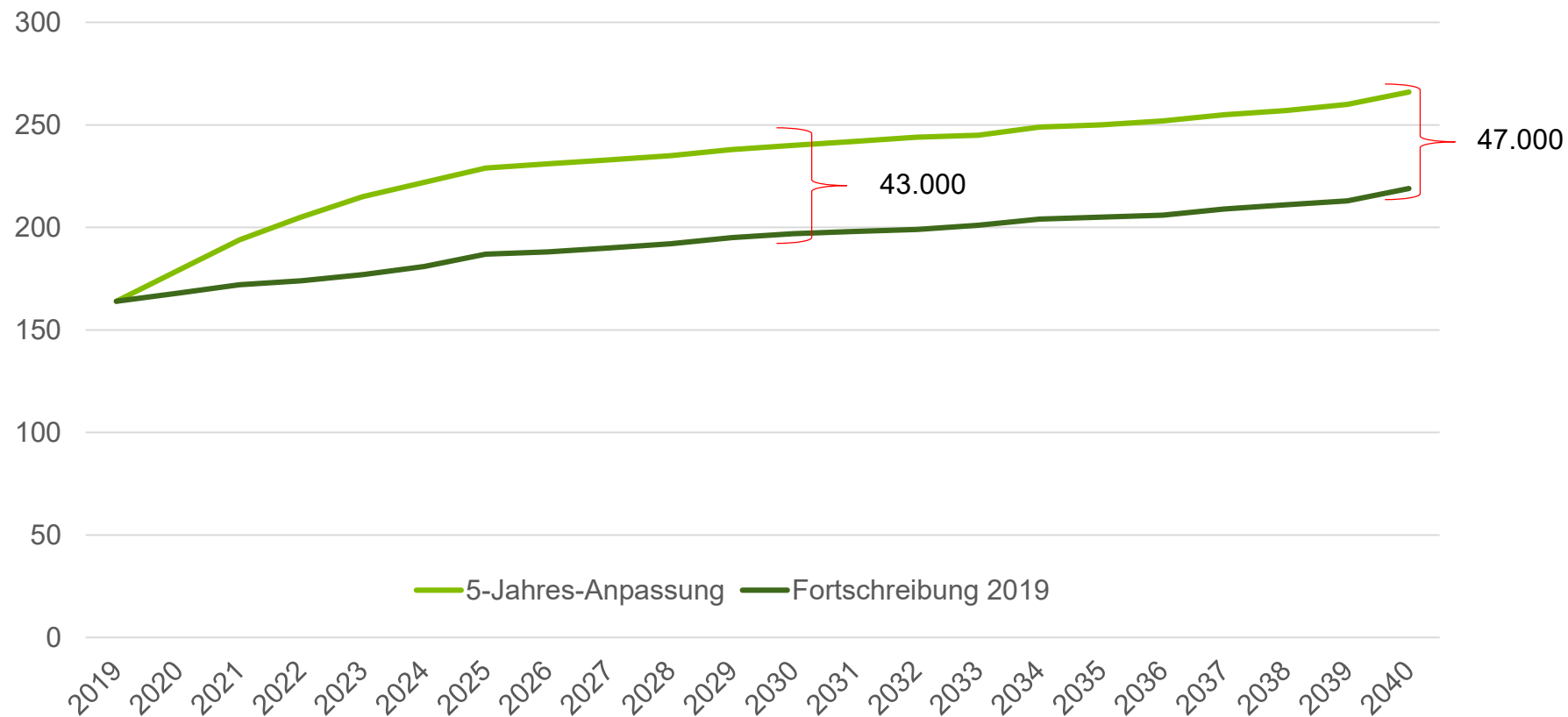
Die Wirksamkeit der PSG I+II werden ab dem Jahr 2015 deutlich sichtbar.

Die Anzahl der Anspruchsberechtigten wird größer und muss in den Vorausberechnungen berücksichtigt werden.

Modellierung Anzahl Pflegbedürftiger

Vorausberechnungen müssen Auswirkung der Reformen berücksichtigen

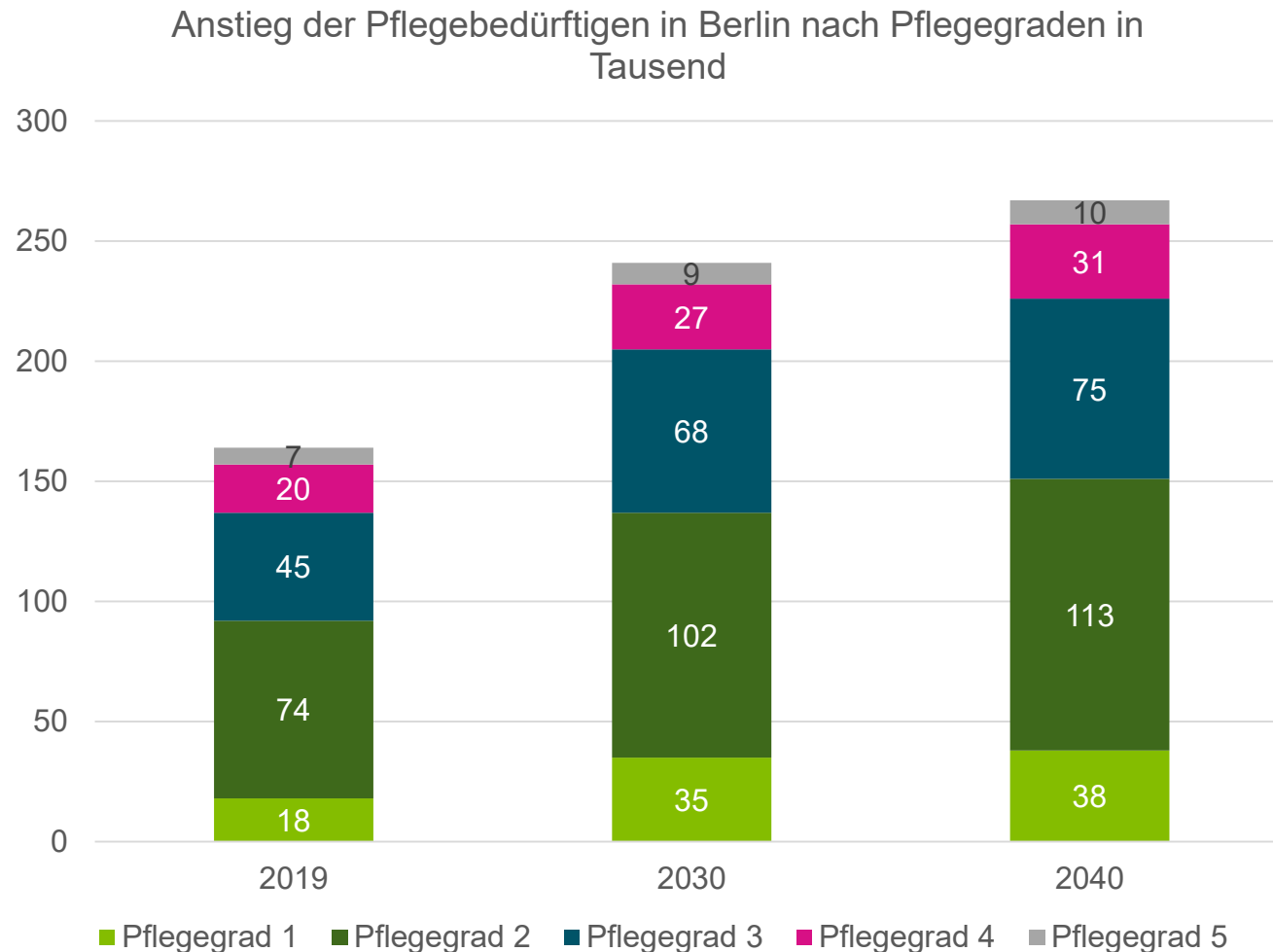
Entwicklung Anzahl Pflegebedürftiger in Berlin in Tausend



Bis zum Jahr 2030 wird es in Berlin rund 240.000 Pflegebedürftige geben. Das sind 43.000 mehr als bisher angenommen.

Modellierung nach Pflegegraden

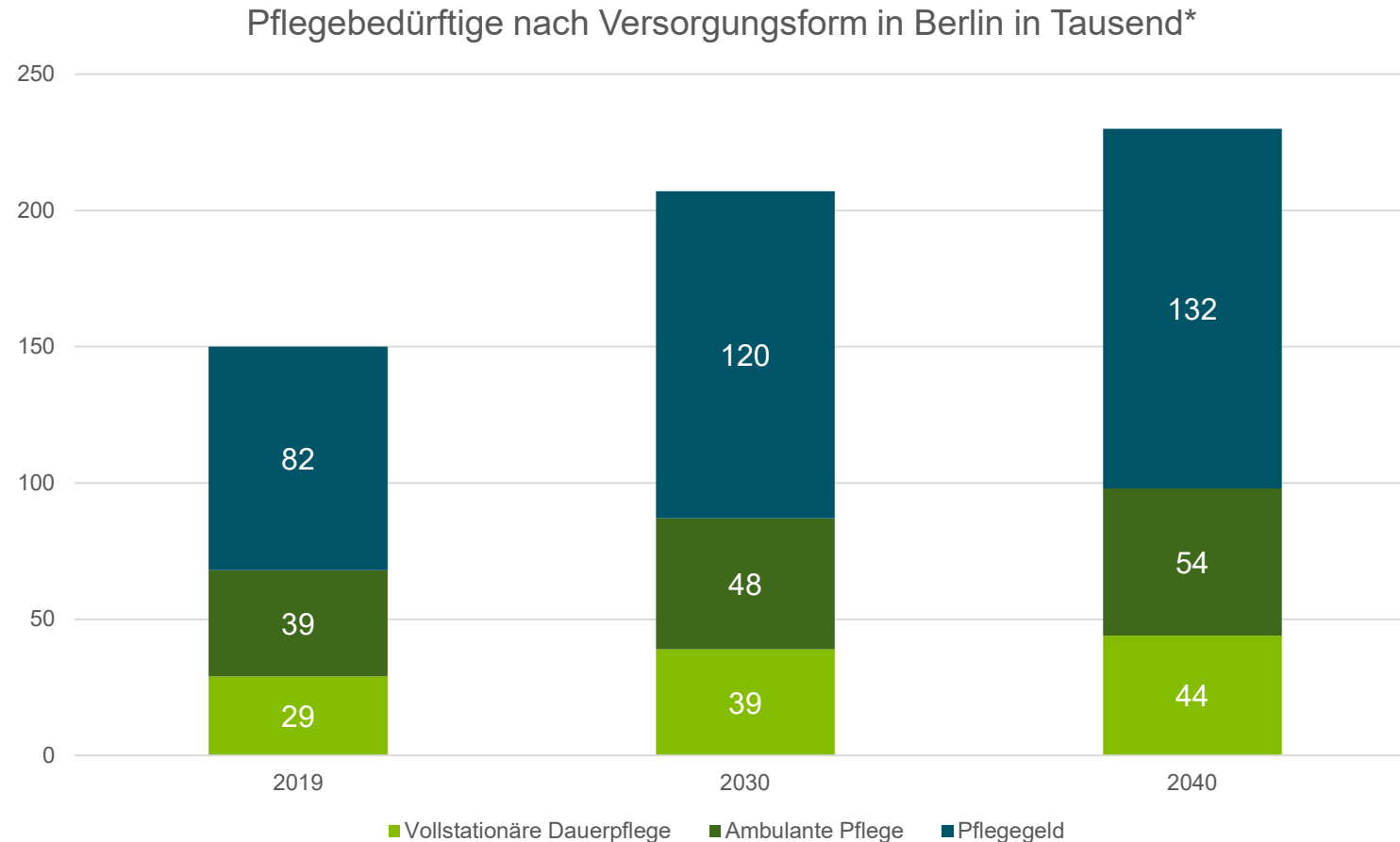
Anstieg der Pflegebedürftigen in allen Pflegegraden



Zahl der Pflegebedürftigen mit Pflegegrad 1 wird sich von 2019 bis 2030 nahezu verdoppeln.

Modellierung nach Versorgungsarten

Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen wird von Angehörigen versorgt werden

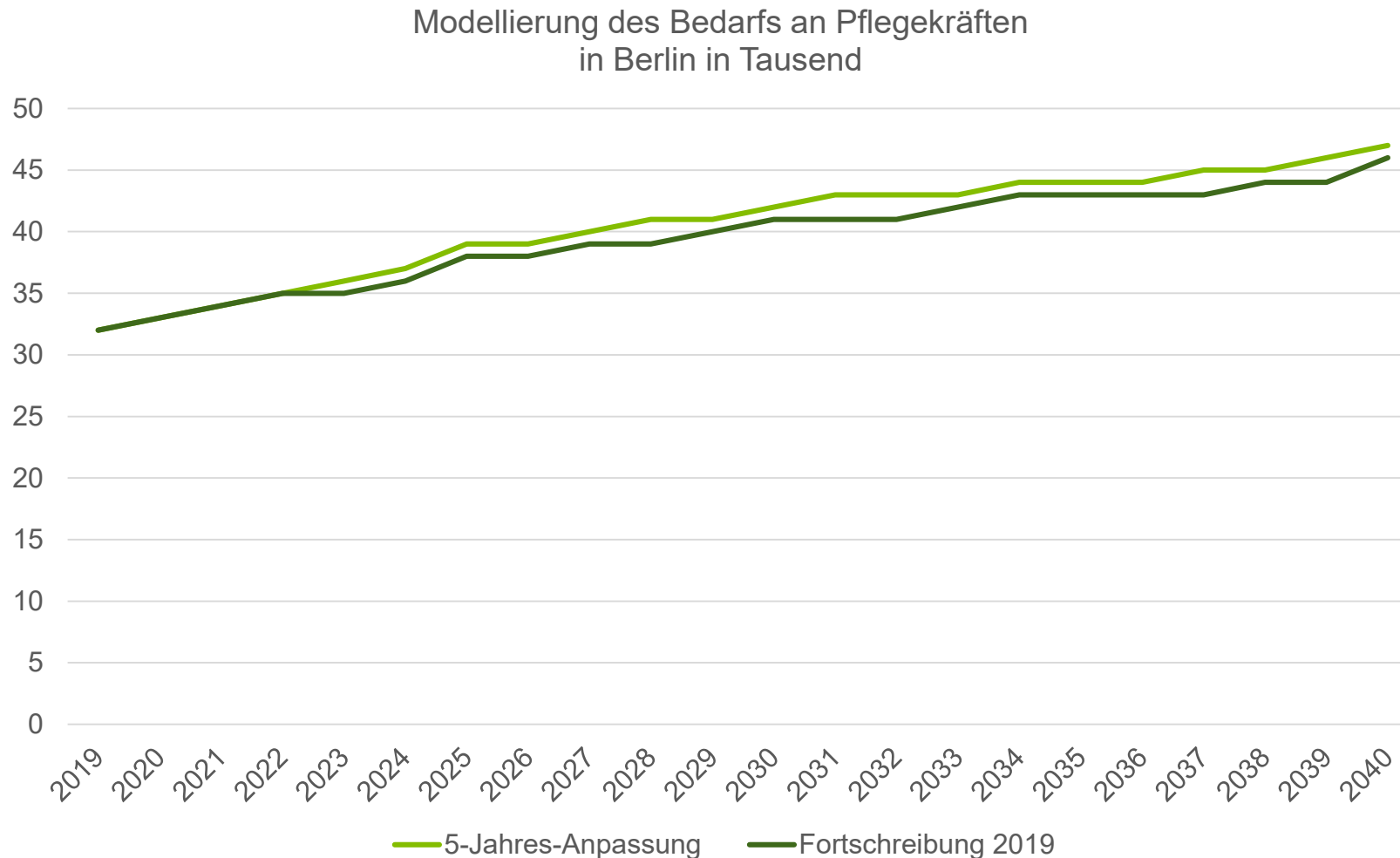


*ohne Pflegegrad 1, auf Tausend gerundet

Mehr Pflegebedürftige bedeutet ein höheren Bedarf an pflegenden Angehörigen und professionellen Pflegekräften

Modellierung Bedarf Pflegekräfte

Vorausberechnungen müssen Auswirkung der Reformen berücksichtigen



Der Bedarf an Pflegekräften steigt von rund 32.000 (Stand 2019) auf rund 42.000 im Jahr 2030.

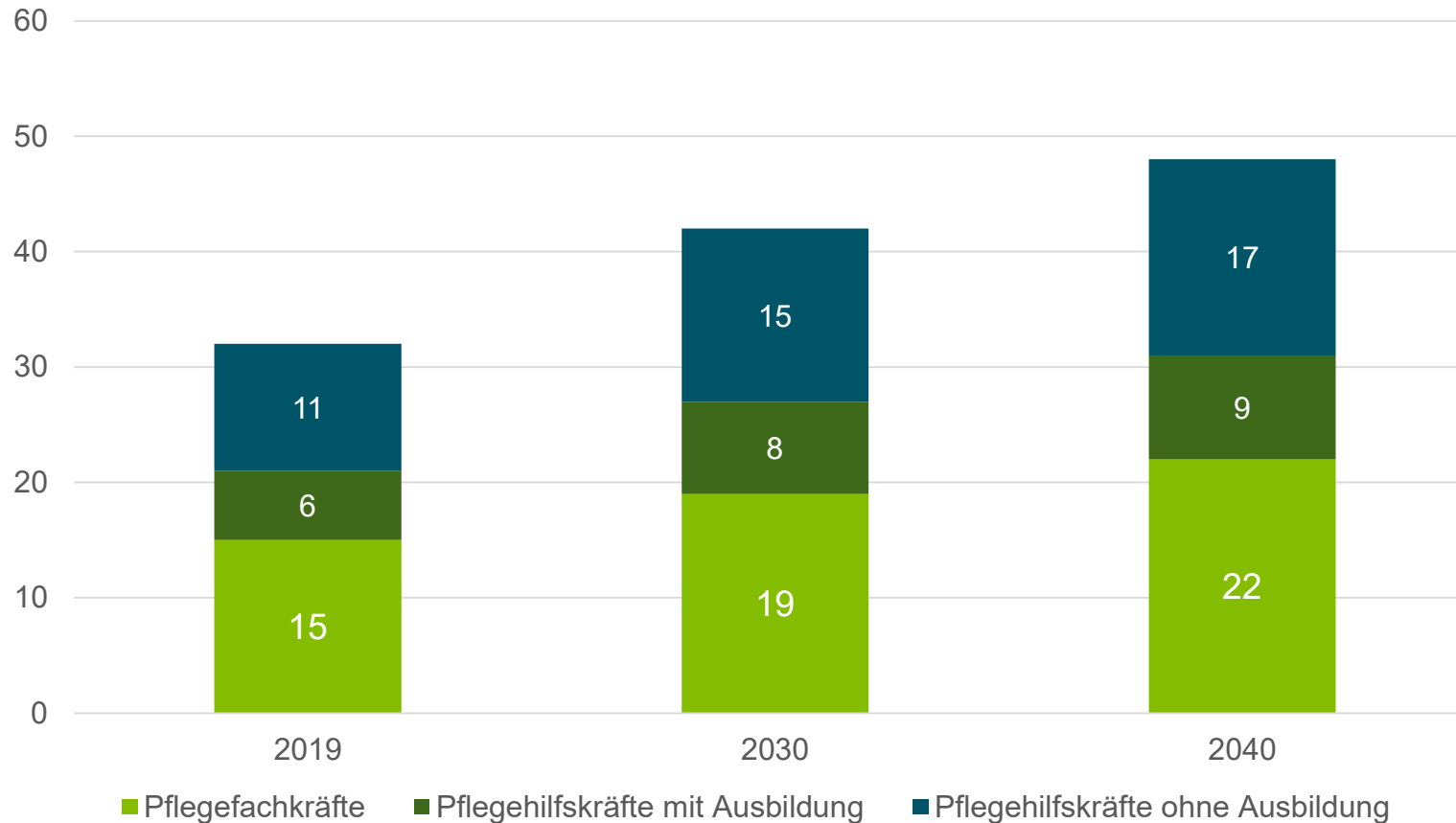
Das sind 1.000 mehr als bisher angenommen.

Bis 2040 steigt der Bedarf auf 47.000 statt bisher angenommen auf 46.000

Bedarf Pflegekräfte nach Qualifizierung

Gute Beschäftigungschancen in der Pflege

Bedarf Pflegekräfte nach Qualifizierung
in Berlin in Tausend

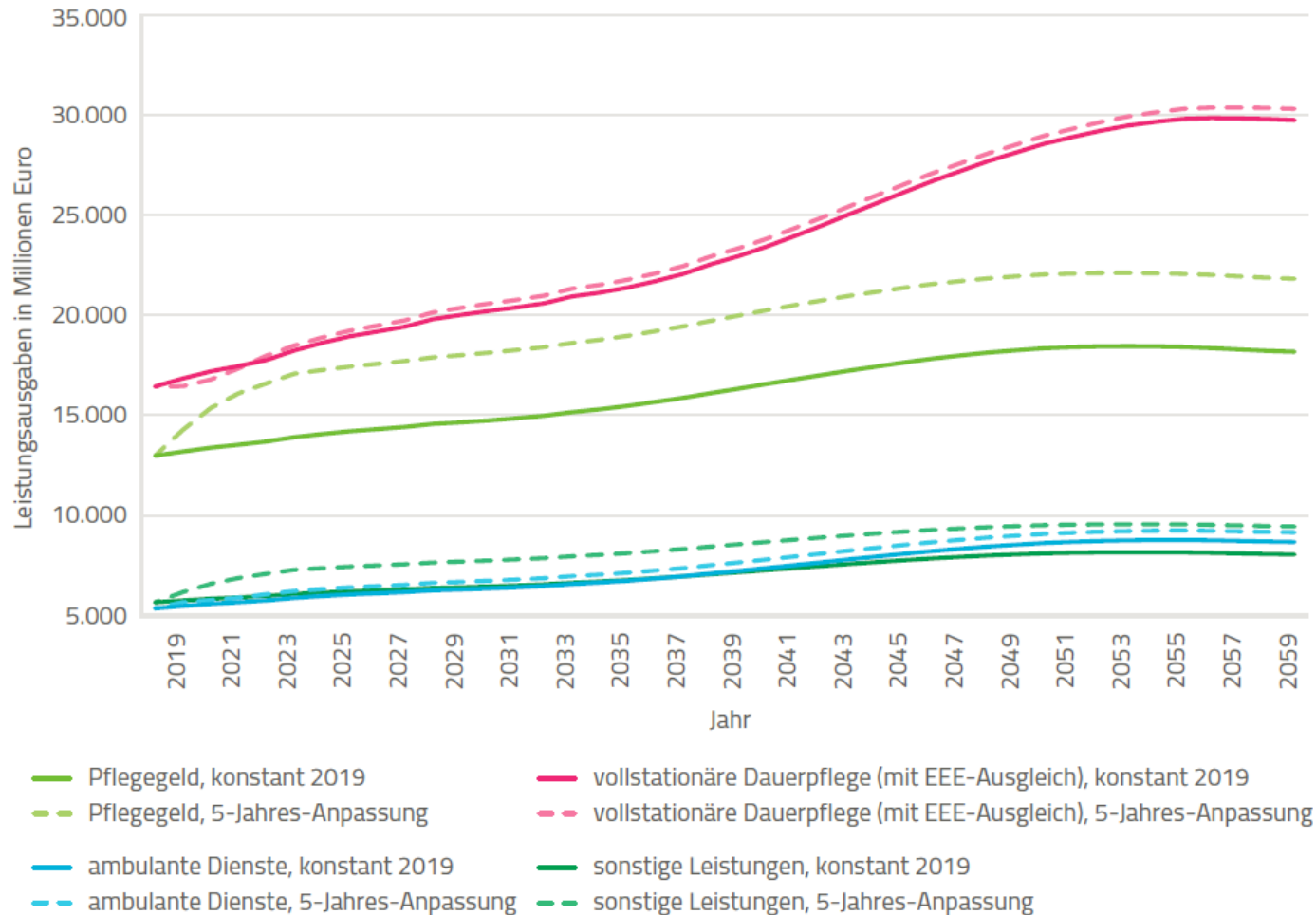


Es müssen mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen für eine Pflegeausbildung gewonnen werden.

Die Verweildauer in Pflegeberufen muss durch die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen verlängert werden.

Deutliche Ausgabensteigerungen

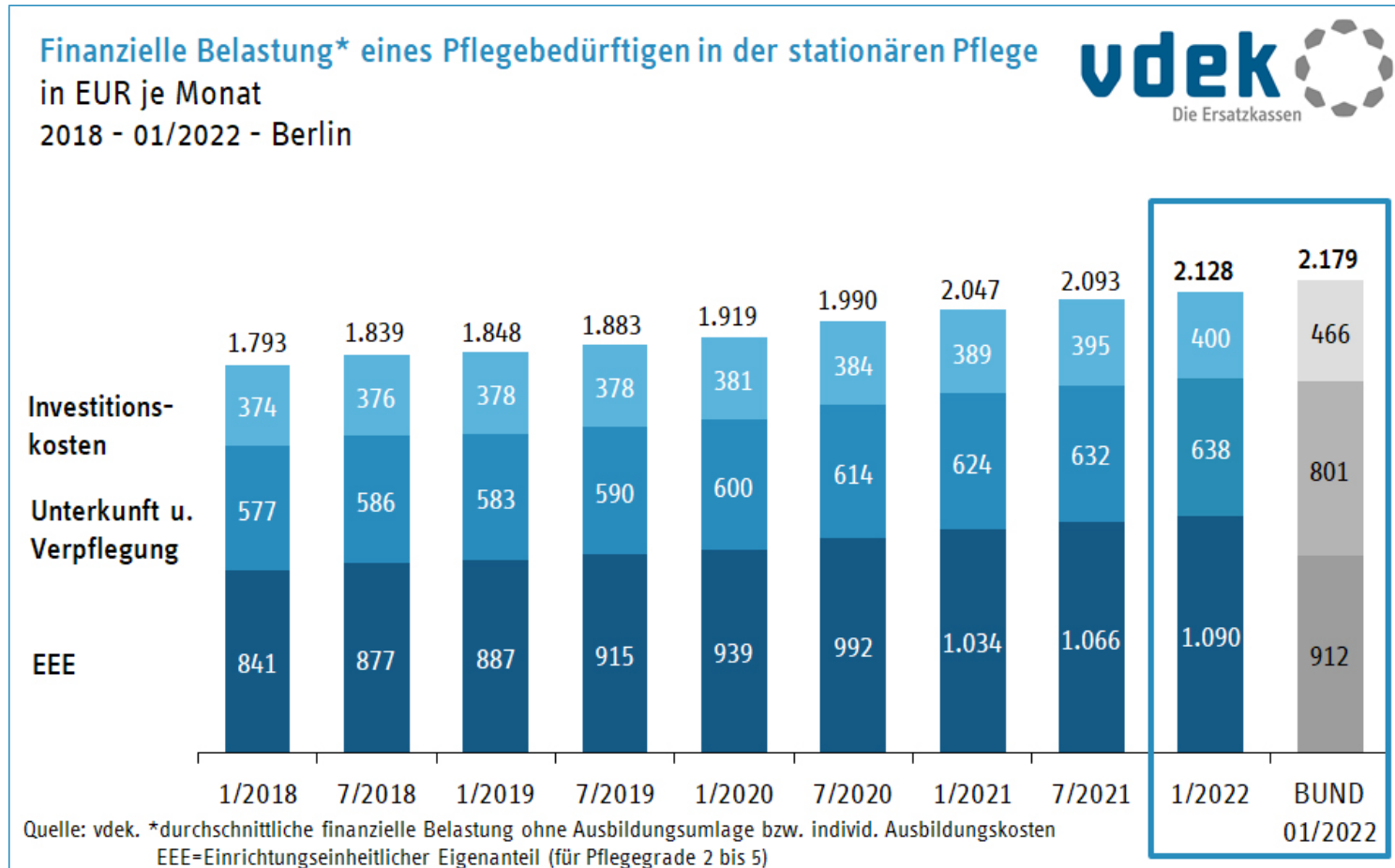
Kosten in der stationären Pflege steigen bundesweit am stärksten



Für die steigenden Ausgaben in der Pflegeversicherung müssen Lösungen gefunden werden, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen finanziell nicht überfordert werden.

Stationäre Pflege ist so teuer wie nie

Pflegebedürftige vor finanzieller Überforderung schützen



Die finanziellen Belastungen für Pflegebedürftige in der stationären Pflege steigen seit Jahren.

Das Land Berlin sollte die Investitionskosten vollumfänglich übernehmen.

Fazit und Forderungen

Immer mehr Menschen in Berlin werden pflegebedürftig. Um ihnen mit einer qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Versorgung gerecht zu werden, bedarf es großer Anstrengungen:

Pflegende Angehörige

- Wer Angehörige pflegt, sollte keine Nachteile erleben. Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung erwähnte Schaffung einer Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten sind ein richtiger Ansatz.

Fachkräftegewinnung und -sicherung

- Mehr junge Menschen müssen für eine Pflegeausbildung gewonnen werden und ausländische Fachkräfte gewonnen werden.
- Die Verweildauer in Pflegeberufen muss erhöht werden, durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gesundheitlicher Prävention am Arbeitsplatz und mehr Anerkennung.

Finanzierung

- Das Land Berlin muss sich stärker als bisher an den Investitionskosten der stationären Pflege beteiligen, um so die Zuzahlung der Pflegebedürftigen zu senken.
- Der ab kommendem Jahr von der Bundesregierung vorgesehene Steuerzuschuss von 1 Mrd. Euro jährlich soll im Gleichschritt mit den jährlichen Ausgaben der Pflegeversicherung ansteigen.

Vielen Dank